Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5372**
16. Wahlperiode 18. 05. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 23. Mai 2007

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Dr. Addicks, Karl (FDP)	11
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	22, 23
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 21
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	12, 13
Dr. Geisen, Edmund Peter (FDP)	4, 5
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	9, 10
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Dr. Lötzsch, Gesine (DIE LINKE.)	6, 8
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 16
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Steinbach, Erika (CDU/CSU)	1, 15
Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	19, 20

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern 6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . . 9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete **Erika Steinbach** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um sicherzustellen, dass die mit dem Grundgesetz unvereinbaren Vorstellungen der Scharia auf deutschem Boden nicht zur Anwendung kommen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die erwarteten Steuermehreinnahmen pro Jahr infolge der geplanten Unterhaltsrechtsreform, weil Unterhaltszahlungen an Kinder im Gegensatz zu Unterhaltszahlungen an Ehegatten nicht nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) als Sonderausgabenabzug steuerlich begünstigt sind?

3. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung die Aussage in ihrem Schreiben zu „Steuerlichen Auswirkungen der Unterhaltsrechtsreform“ vom 19. April 2007, „dass das begrenzte Realsplitting in so genannten Mangelfällen, in denen sich der Sonderausgabenabzug nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG steuerlich nur teilweise oder gar nicht auswirkt, nur geringe bzw. keine praktische Bedeutung hat“, wenn eine Musterrechnung für einen so genannten Mangelfall zeigt, dass bei einer geschiedenen Familie mit Vater, Mutter, zwei Kindern im Alleinverdienerfall mit 2 600 Euro brutto sich ein Nachteil für die Unterhaltsbedarfsgemeinschaft in Höhe von 118 Euro pro Monat ergibt, und wie häufig kommen solche „Mangelfälle“ praktisch vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

4. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

Warum sieht die Bundesregierung keinen Bedarf, Kleinstunternehmen von der Anwendung der HACCP(hazard analysis and critical control points)-Grundsätze freizustellen, wie es die Europäische

*) Siehe hierzu auch Frage 15.

Kommission in ihrem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung Nr. 11 (…) und der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene vom 6. März 2007 (KOM (2007) 90 endg.) vorsieht?

5. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

Sieht die Bundesregierung grundsätzlich im Rahmen des Bürokratieabbaus die Notwendigkeit, Kleinstunternehmer bei Verfahrens- und Berichtspflichten zur Lebensmittelhygiene zu entlasten, und welche Maßnahmen hält sie in diesem Zusammenhang für geeignet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Zu welchen Anlässen trat das Bundeswehrmusikcorps in den letzten drei Jahren auf, und welche Gründe gab es für die Bundesregierung, dem Musikcorps am Tag der Befreiung, am 8. Mai 2007, den Auftritt im Deutsch-Russischen Museum (ehemals Kapitulationsmuseum) in Karlshorst zu untersagen?

7. Abgeordneter **Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung erst im Mai 2007 eigene Studien über in Deutschland entstehende Risiken durch Trümmerteile, elektromagnetische Impulse und Fallout durch die mögliche Stationierung von Teilen des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien in Auftrag gegeben, und wer genau hat diese beauftragt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

8. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten des Bundesversicherungsamtes (BVA), Dr. Rainer Daubenbüchel, dass eine gesetzliche Anzeigepflicht für neue Vorstandsverträge der Krankenkassen gegenüber dem BVA sinnvoll wäre, um bei ungerechtfertigt hohen Gehaltsvereinbarungen gegebenenfalls ein Veto einlegen zu können, wenn nein,

welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um überhöhte Bezüge von Kassenvorständen wirksam zu verhindern (FAZ, 25. April 2007)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

9. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der Bologna-Folgekonferenz in London am 17. und 18. Mai 2007?

10. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der im BAföG enthaltenen Verschuldungsobergrenze von 10 000 Euro für eine verlässliche und planbare Studienfinanzierung bei, und sind in dieser Frage Änderungen im BAföG geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

11. Abgeordneter **Dr. Karl Addicks** (FDP)

Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um vorzubeugen, dass Gelder der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit auch ihren Bestimmungsort erreichen und nicht durch Veruntreuung in den Empfängerländern „versickern“?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

12. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft auf die Regierungen Estlands und Polens sowie gegebenenfalls weiterer Mitgliedstaaten einzuwirken, die Entfernung von Mahn- und Denkmälern, die an den Beitrag der Sowjetunion zur Befreiung Europas vom Faschismus erinnern, zu unterlassen, und wenn ja, wie?

13. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Können nach Auffassung der Bundesregierung die Erfahrungen der staatlichen Vereinbarung zwischen Deutschland und Russland über die Pflege russischer Soldatenfriedhöfe, Ehrenmale und deutscher Soldatenfriedhöfe in Russland geeignet sein, einem solchen Geschichtsrevisionismus entgegenzuwirken?

14. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft zur Unterstützung der Bemühungen zur Freilassung der US-amerikanischen Staatsbürgerin iranischer Herkunft H. E., die seit über vier Monaten im Iran festgehalten wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

15. Abgeordnete **Erika Steinbach** (CDU/CSU)

Inwieweit sind der Bundesregierung Bestrebungen bekannt, in und im Umfeld von Moscheen – im Gegensatz zu muslimischen Gebetshäusern – die Scharia zur Geltung zu bringen?*)

16. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist der konkrete Auftrag der der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex zur Verfügung gestellten deutschen Boote, die derzeit in der Ostsee stationiert sind?

17. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen und Einschränkungen der Rechte der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Versammlungsfreiheit, Grenzkontrollen zu Lande, zur See und an Flughäfen plant die Bundesregierung im Vorfeld und während des G8-Gipfeltreffens in Heiligendamm?

18. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie stellt die Bundesregierung durch vertragliche Vereinbarungen mit externen Dienstleistern und Controlling die Bezahlung des tariflichen Mindestlohns an die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicher?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

19. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie verteilten sich die 700 Gemeinden bzw. eine Million Haushalte, die in Deutschland laut Breitbandatlas und nach Angabe der Bundesregierung (Antwort auf Bundestagsdrucksache 16/5070) keine kostengünstige Breitbandanschlussmöglichkeit besitzen, ungefähr auf die einzelnen Bundesländer, und wie hoch ist die Breitbandverfügbarkeit in den jeweiligen Bundesländern?

20. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Auf wie hoch beziffert die Bundesregierung die „erheblichen Zusatzkosten“, die laut ihrer Antwort auf Bundestagsdrucksache 16/5070 für eine flächendeckende Vollversorgung mit DSL nötig wären, und welche Spannbreite können die Kostenunterschiede zwischen einem herkömmlichen DSL-Anschluss und alternativen Lösungen für die einzelnen Haushalte annehmen?

21. Abgeordneter **Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Warnung der indischen Botschafterin, Meera Shankar, in Berlin vor dem Verkauf von drei hochmodernen deutschen U-Booten an das in einem Krisengebiet liegende, innenpolitisch instabile Pakistan, die diese in einem Schreiben an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, welches der Bundesregierung im Haushaltsausschuss sowie im Unterausschuss Abrüstung des Auswärtigen Ausschusses zur Kenntnis gebracht wurde, mit der eindringlichen Aufforderung zur Verhinderung des Exports formuliert hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

22. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Welche Projekte im Bundesfernstraßenbau werden in diesem Jahr in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen neu begonnen, und welches Finanzvolumen steht hinter diesen Neubeginnen?

23. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)

Wie wird im Hinblick auf gekürzte Hauptbautitel, durch die beispielsweise in Sachsen 2007 keinerlei Neubeginne im Bundesfernstraßenbau stattfinden können, mit Maßnahmen verfahren, bei denen Baurecht besteht und die als absolute Unfallschwerpunkte gelten, und warum werden Planungsaufgaben für den Bundesfernstraßenbau hauptsächlich über die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH an einen von ihr definierten Stamm von Planungsbüros übertragen?

24. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand der Abarbeitung des besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrages des Bundesverkehrswegeplanes für brandenburgische Straßenbauprojekte unter besonderer Berücksichtigung der Bundesstraße 102, und welche Ergebnisse bzw. Konsequenzen ergeben sich?

25. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für welche der noch nicht fertig gestellten Abschnitte der Aus- und Neubaustrecke Nürnberg–Erfurt (VDE Nr. 8.1) zwischen welchen Baukilometern fanden Vergaben statt, und welche voraussichtlichen Gesamtkosten fallen für diese Abschnitte an?

26. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche voraussichtlichen Gesamtkosten stehen den noch nicht vergebenen Abschnitten der Aus- und Neubaustrecke Nürnberg–Erfurt gegenüber, und wann stehen welche dieser Abschnitte zwischen welchen Baukilometern voraussichtlich zur Vergabe an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

27. Abgeordnete
Undine Kurth (Quedlinburg)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist die Position der Bundesregierung und der Europäischen Union auf der 14. Konferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (WA, 3. bis 15. Juni 2007 in Den Haag) zu den Anträgen verschiedener afrikanischer Staaten (Botswana, Botswana und Namibia sowie Kenia und Mali) zum Thema Elfenbeinhandel, und welche konkreten Initiativen planen die Bundesregierung und die Europäische Union zur weiteren Eindämmung von illegalem Elfenbeinhandel und Wilderei?

28. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Nachweise liegen der Bundesregierung vor, dass die Einnahmen aus einem bereits 1999 erfolgten Verkauf von 50 Tonnen Elfenbein tatsächlich in den Schutz von Elefanten investiert wurden, was von der 12. WA-Konferenz als Grundvoraussetzung für den Verkauf festgelegt worden war, und was sind die Ergebnisse dieser Schutzvorhaben?

29. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie planen die Bundesregierung und die Europäische Union auf der 14. Konferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens gegen den illegalen Elfenbeinexport aus Regierungsbeständen Simbabwes vorzugehen und Namibia dazu zu bringen, die vereinbarten Handelskontrollen von Elfenbein möglichst schnell umzusetzen?

30. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist die Position der Bundesregierung und der Europäischen Union auf der 14. Konferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens zu dem Antrag von Uganda, die Ausfuhr von Leoparden durch ausländische Trophäenjäger freizugeben, ohne dass wissenschaftliche Bestandszahlen aus diesen Ländern vorliegen, und werden die Bundesregierung und die Europäische Union diesen Antrag ablehnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

31. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Unterstützungserklärungen der Kampagne „Politik für gute Arbeit – Deutschland braucht Mindestlöhne“ sind der Bundesregierung bisher überreicht worden, und sind die Initiatoren der Kampagne bereits persönlich mit ihrem Anliegen bei der Bundesregierung, beispielsweise bei dem fachlich zuständigen Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, der ja zugleich zu den Erstunterzeichnern der Initiative gehört, vorstellig geworden?

32. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung das Kriterium des „Zugangs“ im Sinne einer umfassenden Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen nicht in den „Nationalen Strategischen Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007 bis 2013“ aufgenommen?

33. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie möchte die Bundesregierung der im „Nationalen Strategiebericht Sozialschutz und soziale Eingliederung“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales betonten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nachkommen, wenn die Anforderungen des Zugangs im Sinne einer umfassenden Barrierefreiheit nicht auch explizit im Nationalen Strategischen Rahmenplan genannt werden?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333